

Stadtrat Saalfeld beschließt Erhöhung der Straßenausbaubeiträge

20.11.2013 - 23:02 Uhr

Langer Weg zu teureren Straßen: Der Stadtrat Saalfeld beschließt nach über einjähriger Diskussion und auf Druck der Kommunalaufsicht höhere Beiträge für den Straßenausbau. Anhebung der Gewerbe- und Grundsteuer wird zurückgestellt.



Bauhofmitarbeiter sind gestern dabei, den Saalfelder Markt adventlich zu schmücken. Nach den Bauarbeiten im Laufe dieses Jahres werden die Grundstücksbesitzer an der südwestlichen Markthälfte noch gemäß der alten Straßenausbaubeitragsatzung an den Kosten beteiligt. Foto: Sabine Bujack-Biedermann

Saalfeld. Über ein Jahr diskutierte der Stadtrat die geänderten Straßenausbaubeitragsatzung, nun hat er sie am Mittwochabend beschlossen. Damit ist der Aufforderung der Kommunalaufsicht Genüge getan, die die bisherige Beteiligung der Anlieger an den umlagefähigen Kosten für ausgebaute Straßen als zu gering beanstandet hatte.

Nachdem Ende September der förmliche Bescheid darüber im Rathaus eingegangen war, musste die neue Satzung mit höheren Beiträgen bis zum Jahresende beschlossen sein. Die Verwaltung legte nun dieselbe Änderungsfassung vor, die der Stadtrat im September 2012 mit knapper Mehrheit abgelehnt hatte. Auch im März dieses Jahres scheiterte das Votum darüber erneut, diesmal daran, dass das Gremium nicht beschlussfähig war, weil etliche Stadträte den Raum verlassen hatten. Die alte und neue Vorlage schlug vor, die Prozentsätze für Anliegerstraßen von bisher 45 auf 60 zu erhöhen, die für Haupterschließungsstraßen, die in der alten Satzung je nach Flächenart zwischen 25 und 35 lagen, auf 40 bis 45 anzuheben, und Hauptverkehrsstraßen mit 20 bis 45 prozentigem Anteil abzurechnen. Hier lagen die Sätze zuvor zwischen zehn Prozent für Fahrbahnen und 35 Prozent für Gehwege und Grünflächen.

Die Thüringer Mustersatzung sieht noch höhere Beiträge vor - für Anliegerstraßen beispielsweise 75 Prozent, für die anderen Kategorien bis 60 Prozent.

In der gut einstündigen, stellenweise emotional geführten Debatte am Mittwoch teilte sich der Stadtrat schnell und deutlich in die Befürworter der Verwaltungsvorlage in den Reihen der CDU- und der SPD-Fraktion, um der ansonsten wahrscheinlich aufgezwungenen Mustersatzung zu entgehen. Während die FDP-Fraktion im Laufe der Diskussion mit einem eigenen Antrag zur lediglich fünfprozentigen Erhöhung aller Sätze kam, favorisierten die Linken und die Fraktion der Freien Wähler und der Bürgerinitiative gegen überhöhte Kommunalabgaben (FW/BI) den

Klageweg zur Überprüfung der bisherigen Satzung.

"Wir wollen die Bürger so wenig wie möglich belasten und trotzdem eine rechtskonforme Satzung haben", warb Stadtratsvorsitzender Dr. Steffen Kania (CDU) für den Saalfelder Weg der geringeren Erhöhung. Jürgen Pfeiffer erklärte mit Hinweis auf die "Sicherheit für die Bürger" die Zustimmung der CDU-Fraktion. Auch Frieder Lippmann sprach namens seiner SPD-Fraktion, als er deren Ja versicherte: "Wir halten uns an das, was wir ausgehandelt haben", sagte er mit Blick auf das lange Ringen um diese Satzung.

Ralf Thomas, der Fraktionschef der FW/BI, lehnte "vorausseilenden Gehorsam" ab, wollte eine Überarbeitung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes abwarten und lieber vor Gericht ziehen. André Langen (Die Linke) unterstützte ihn: "Ich halte den Weg durchaus für gangbar."

Bürgermeister **Matthias Graul** (parteilos) dagegen warnte vor den Unwägbarkeiten "juristischer Winkelzüge." Er beantragte die namentliche Abstimmung, "damit die Saalfelder wissen, wer die Verantwortung trägt", sollte die Kommunalaufsicht noch höhere Beitragssätze verordnen.

Thomas legte einen Antrag auf geheime Abstimmung nach, scheiterte jedoch an 17 Gegenstimmen. Auch der FDP-Antrag fand keine Mehrheit, so dass schließlich die geänderte Satzung mit den 17 Stimmen von CDU, SPD und Bürgermeister beschlossen wurde. Zuvor hatten sich Jürgen Bohr (FDP) und Bärbel Weihrauch (Die Linke) versichern lassen, dass die derzeit laufenden Bauarbeiten in der Kulm- und Langenschader Straße noch zu den alten Sätzen abgerechnet werden.

Die Erhöhung der Grundsteuern und der Gewerbesteuer wurde auf Antrag der SPD-Fraktion zurückgestellt, bis die Verwaltung einen Haushaltsentwurf für 2014 vorlegt. Nach mehreren Gebühren- und Steuererhöhungen "können wir keine Ausgabenverringerung erkennen", kritisierte Frieder Lippmann die Verwaltung.

Sabine Bujack-Biedermann / 21.11.13 / OTZ